

Anzeige

UNDICHTE Tonerkartuschen,
UNBRAUCHBARE Ausdrücke und häufige Ausfälle treiben Ihre
DRUCKKOSTEN unerwartet in die Höhe.

WELT  ONLINE

URL: <http://www.welt.de/die-welt/vermischtes/article7230248/Wie-foerdert-man-die-Kleinsten.html>

[Bilder ein-/ausblenden](#) [Artikel drucken](#)

Wie fördert man die Kleinsten?

Von Till-R. Stoldt 18. April 2010, 04:00 Uhr

Unter Schwarz-Gelb wurde die frühkindliche Betreuung ausgebaut wie nie zuvor. Bei der Umsetzung aber sehen Experten und Opposition noch Handlungsbedarf

Das kleine "KiBiz" ringt mit den großen Tendenzen des Zeitalters. "KiBiz" heißt das Gesetz zur Förderung der frühkindlichen Bildung in NRW. Unter anderem sollte es Antwort geben auf drei säkulare Herausforderungen: erstens auf das Schrumpfen und Altern der arbeitsfähigen Bevölkerung, zweitens auf den zunehmenden Wunsch nach Teilhabe der Frauen am Berufsleben, drittens auf das wachsende Risiko, dass sozial schwache Kinder nie eine Aufstiegschance erhalten, weil die Weichen am Lebensanfang falsch gestellt wurden.

Dagegen setzte Schwarz-Gelb 2008 eine Reform der Kinderbildung. Sie zielte darauf ab, mehr Kindern unter drei Jahren ganztägige Betreuungsplätze zu bieten, also die Zahl der U3-Plätze massiv auszubauen. Zusätzlich sollten die Kinder stärker pädagogisch gefördert werden. Dann, so hoffte man, würden sich Familie und Beruf besser vereinbaren lassen, dann würden mehr Frauen für den schrumpfenden Arbeitsmarkt mobilisiert und chancenlose Kinder (mit und ohne Zuwanderungshintergrund) öfter den sozialen Aufstieg schaffen.

Schon jetzt hat Schwarz-Gelb viel unternommen, um diese großformatigen Pläne umzusetzen: So wurde die Zahl der U3-Plätze seit 2005 von rund 11 000 auf bald 86 000 erhöht, die Zahl der Ganztagsplätze stieg um gut zwölf Prozent, die Öffnungszeiten wurden vielerorts ausgeweitet, und erstmals wurde der Bildungsauftrag für die rund 540 000 Kita-Kinder in NRW gesetzlich festgeschrieben.

Zudem wurden Sprachtests für alle Vierjährigen eingeführt, um Sprachdefizite rechtzeitig vor der Einschulung zu beheben. Und rund 2700 Kindergärten im Land wurden bereits zu Familienzentren ausgebaut, in denen mehr Eltern als je zuvor Rat und Hilfe bei familiären Problemen angeboten wird. So weit, so erfolgreich.

Dennoch ziehen die meisten Träger (und natürlich die Opposition) nach bald zwei Jahren eine eher kritische Bilanz: Die großen Weichen seien richtig gestellt, bei der Umsetzung hapere es aber enorm. Vor allem beklagen sie, dass auf eine Betreuungskraft viel zu viele betreuungsbedürftige Kinder kämen. In vielen Kitas werde gerade mal die gesetzlich verpflichtende Mindestzahl an Betreuern geboten. Von den im Gesetz geforderten Sollzahlen seien die Kitas weit entfernt. So kommen auf zehn U3-Kinder vielerorts nur gut zwei Fachkräfte, in den altersgemischten Gruppen und denen für über Dreijährige müssen sich sogar 20 Kinder rund zwei Fachkräfte teilen.

Damit bleiben zwar die EU-Mindeststandards gewahrt, aber von pädagogischen Experten hagelt es unisono Kritik: Mit diesem Personalschlüssel könne man eine Grundversorgung gewährleisten, nicht aber die angestrebte Förderung der Kleinen.

Ein weiterer Kritikpunkt: die Lage von Kitas in sozialen Brennpunkten. Vor "KiBiz" wurde der dort höhere

Betreuungsbedarf voll vom Land finanziert, heute dagegen gibt es nur eine einmalige Zuzahlung von 15 000 Euro, klagen die Verbände. Dieser Zuschuss reiche aber nicht aus angesichts dramatischer Entwicklungsdefizite vieler Kinder in Problemvierteln.

Verärgert sind die Verbände auch, weil das Land den Erziehern immer mehr Aufgaben aufbürde, während für entsprechend mehr Betreuer das Geld fehle. Erzieher müssten den teils sehr unterschiedlichen Bedürfnissen von Kindern unter und über drei Jahren gerecht werden, Sprachtests und Sprachförderung vorbereiten, Behinderte integrieren, Entwicklungsberichte schreiben, Essen auftischen und allerlei Verhandlungen mit dem Jugendamt führen. Zudem muss das Personal in Kindergärten, die auch als Familienzentren fungieren, die Familienberatung organisieren.

Warum diese Klage über Geldnöte, obwohl das Land doch mit 1,3 Milliarden Euro mehr in die Kinderbildung steckte als je zuvor? Dafür gibt es vor allem zwei Gründe: Damit der U3-Ausbau nicht den Haushalt sprengen würde, änderte Schwarz-Gelb die Finanzierung der Kleinkinderbetreuung. Bis 2005 bezahlte das Land auch im Nachhinein alle unerwartet entstandenen Mehrkosten in der Betreuung. Das war schon bei 11 000 Plätzen kaum mehr zu verkraften, bei über 80 000 Plätzen aber hätten die nachträglichen Kosten das Regieren unmöglich gemacht. Deshalb führte Laschet die sogenannte Pauschalfinanzierung ein: Die Kitas bekommen pro betreutem Kind einen festen Betrag. Und zu dessen Berechnung müssen sie im März jeden Jahres ihre Kinderzahl verbindlich melden. Durch diesen Systemwechsel (den Rot-Grün schon vorbereitet hatte) wurde der U3-Ausbau finanzier- und planbar. Nur: Auf außergewöhnliche Umstände kann eine Pauschalfinanzierung kaum reagieren.

Genau solche Umstände traten nun ein: Erst handelte die Gewerkschaft Ver.di eine exorbitante Gehaltserhöhung von bis zu acht Prozent für die Erzieher aus, wodurch weit weniger Geld für alle anderen Kita-Aufgaben übrig blieb. Dann wollten auch noch mehr Eltern als erwartet einen Betreuungsplatz für ihr Kind. Geplant war, für jedes dritte U3-Kind Plätze bereitzustellen. Tatsächlich interessierten sich aber doppelt so viele Eltern für die Plätze. Es mussten also viel schneller als vorgesehen neue Plätze geschaffen werden. So schrumpfte der für zusätzliches Personal vorgesehene Betrag nochmals.

Genau das muss sich umgehend ändern, so intonieren nun die meisten Trägerverbände samt Opposition. Vor allem die Freie Wohlfahrtspflege fordert höhere Kopfpauschalen. Und die grüne Familienpolitikerin Andrea Asch pflichtet bei, die gesamte Finanzierungspyramide in Bildungsfragen gehöre umgestellt. Bislang bekomme die Kita wenig, die Schule mehr und die Hochschule sehr viel Steuergeld. Zukünftig müsse genau umgekehrt das Fundament aller Bildungswege, also die frühkindliche Entwicklung, am stärksten gefördert werden.

Dem Gedanken will sich auch Laschet nicht komplett entziehen. Für die Familienzentren hat er nun schon zusätzliche 4,5 Millionen Euro aufgetrieben. Für einen größeren Betrag aber setzt er auf die Bundesregierung: Sie müsse die darbenenden Kommunen so entlasten, dass diese mehr Geld in die Kita-Qualität investieren könnten. Eher auf den Bund hoffen auch die Grünen. Sie wollen vom Solidaritätszuschlag ein paar Milliarden für die Bildungsförderung in allen Ländern abzwacken. Letztlich offenbaren diese Hoffnungen auf den Bund aber, wie begrenzt die Möglichkeiten eines einzelnen verschuldeten Bundeslandes sind.

Umso vehementer lehnt die Union die Forderung aller anderen Parteien ab, die Kita-Beiträge der Eltern zu streichen. Unterstützt wird die CDU dabei von den Verbänden. Schließlich würde die Beitragsfreiheit die Kitas auf einen Schlag rund 450 Millionen Euro kosten. Deshalb argumentiert Laschet, die Beitragsfreiheit schade den Kindern und sei keine soziale Wohltat, weil Einkommensschwache schon jetzt keine Beiträge zahlten.

Dieser Gedanke scheint jedenfalls die Grünen überzeugt zu haben (die vor wenigen Jahren auch noch ähnlich argumentierten). Familienpolitikerin Asch signalisierte diese Woche, auch die Grünen könnten - vorübergehend - auf die Kita-Beitragsfreiheit verzichten, wenn dies der einzige Weg sei, um mehr Geld für weiteres Kitapersonal aufzubringen. Auch aus dem Hause Laschet heißt es bereits, über den Tausch "mehr Geld statt Beitragfreiheit" lasse sich reden. Denn eins wissen alle: Scheitern darf "KiBiz" nicht, schon um der Kinder willen.